



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

HfS.: Aus Prag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

armten und Kranken Reisegeld geben, um sie auf immer los zu werden und den größern Gemeinden aufzubürden. Was aber die Wanderfreiheit der Gesellen betrifft, die ebenfalls von den Polizeibehörden zum großen Nachtheil für die Entwicklung des Nationalreichthums bisher beengt worden, so dürfte eine besondere Beaufsichtigung und Regelung nur für diejenigen eintreten, die noch nicht großjährig sind. Nur in diesem Falle sollten die Gemeinde- und Polizeibehörden befugt sein, die Stelle der abwesenden Väter und Vormünder einzunehmen. Es bleiben nur noch die bestrafte Verbrecher übrig, denen allerdings nach verbüßter Strafe schon deshalb ein gesicherter Rechtsboden eingeräumt werden sollte, damit sie wieder Muth und Lust bekommen, ihre während der Haft meistens ganz vernichteten Existenzmittel neu wieder zu begründen. Nach langen Kämpfen scheint es endlich in Deutschland dahin zu kommen, daß auf die Polizeiaufsicht, die so nachtheilig und störend auf die Thätigkeit der Betroffenen einwirkt, künftig nur durch einen Richterspruch erkannt werden darf. So lange diese dauert, muß natürlich auch der Polizeibehörde die Befugniß zustehen, dem verurtheilten Verbrecher einen Aufenthaltsort anzuweisen. Ist aber die Frist der Polizeiaufsicht abgelaufen, so sollte auch dem Verbrecher schon aus dem juridischen Grunde das Recht der deutschen Freizügigkeit zugestanden werden, weil er seinen Fehltritt durch Abbüßung der Strafe vollständig gesichert hat. Nur in ganz großen Städten, wo die Aufsicht schwieriger und die Gelegenheit zu Verbrechen häufiger ist, sollte den Territorial-Regierungen die Befugniß zustehen, besonders gefährliche, wenn auch bereits bestrafte, Verbrecher auszuweisen. So darf z. B. in Paris kein früherer Galeerenzuchtling ohne Erlaubniß der Polizei sich aufhalten.

Von der neuen deutschen Bundesgesetzgebung hoffen wir schließlich mit Zuversicht, daß sie die deutsche Einheit besonders in solchen gemeinschaftlichen Einrichtungen, die über unser Gesamt Vaterland ihre sittliche, geistige und materielle Wirksamkeit ausdehnen, suchen und finden wird. Dann wird es auch nicht zu beforgen sein, daß das für unsere künftige gewerbliche Thätigkeit so höchst wichtige allgemeine deutsche Bürgerrecht zu gering angeschlagen werden wird. Zum kräftigen Schutz desselben, so wie aller andern neuen Rechte und Freiheiten ist aber wie es von selbst einleuchtet, ein deutsches Reichsgericht, zu dem die constitutionellen Kammern die Kandidaten präsentiren, ganz unentbehrlich.

Berlin, im Monat April.

v. Schomberg = Gervasi.

Aus Prag.

Graf Stadion, ein vorsichtiger Mann. — Die deutschen Vereine und die tschechische Toleranz. — Keine Wahlen in Böhmen für das deutsche Parlament. — Eine Petition an den Kaiser. — Die österreichische Fagne.

Ich komme aus der Sitzung des Nationalcomité. Dieselbe wurde vom Grafen Stadion, einer aristokratischen Puppe, eröffnet; ihm zur Seite war der Bürgermeister Dr. Strobach, welcher der wirkliche Präsident des Comité's ist, während der früher gefeierte Graf Stadion nur so mitläuft. Graf Stadion eröffnete die Sitzung mit der Nachricht, daß er von der österreichischen Regierung den Auftrag erhalten habe, in Böhmen die Wahlen für das deutsche Parlament zu Frankfurt auszuschreiben, daß er aber bei dem jetzigen Zustande Böhmens dies für gefährlich gehalten und sein Bedenken nach

Wien berichtet habe. Gestern jedoch ist ihm der Befehl zugegangen, die Wahlen unverzüglich zu veranlassen. Dies habe er nun gethan; natürlich bleibe es Jedem unbenommen, sich von dem Wahlaacte auszuschließen. Zugleich hatte er den erhaltenen Befehl der Regierung der neunten Sektion des Nationalcomités zur Meinungsäußerung übergeben. Die Erwartung der äußerst zahlreichen Versammlung, die nicht aus Bürgern und bewaffneten Studenten bestand, war auf's Höchste gespannt. Da erhob sich Graf Wurmbbrand und las jenes Ministerialrescript sammt seinen Beilagen. Eine derselben enthielt eine Proclamation eines in Wien zusammengetretenen deutschen Centralcomités, bestehend aus den niederösterreichischen Landständen, dem Magistrate, den Mitgliedern des juristischen Lehrvereins, des Gewerbevereins und der Wiener Kaufmannsvereine (hier erfolgte allgemeines Gelächter), in welcher es unter Anderem heißt, daß den Slaven ihre Nationalität garantirt werde. Die Proclamation forderte weiter auf in den Provinzen Zweigvereine zu bilden, die sich mit dem Centralcomité zu Wien in Verbindung setzen sollten. Hier brach der Unwille in ein tobendes Geschrei aus, und nur mit Mühe gelang es dem allgemein geachteten Bürgermeister Dr. Strobach die Ruhe wieder herzustellen. Hierauf entwickelte Graf Wurmbbrand in einer feurigen Rede das Gutachten der neunten Sektion. Es enthielt die Meinung, daß die Beschickung des deutschen Parlaments aufregend, unnütz, gefährlich für das Land (Böhmen), für Oestreich, ja für die Dynastie sei, (ungeheurer Jubel!) und daß eine Deputation gewählt werde, die Sr. Majestät eine Petition überreichen solle, die dahin geht, Se. Majestät von dem Gedanken abzubringen, Böhmen zu den Wahlen für das deutsche Parlament zwingen zu wollen. Die dafür angeführten Gründe wurden mit ungeheuerem Jubel aufgenommen. Die Debatte über die Petition war sehr kurz und befaßte sich nur mit Kleinigkeiten. Dr. Kramer bemerkte, von einem Befehlen der Wahlen könne keine Rede sein, da wir nicht mehr in einem absolutistischen Staate leben. Dr. Strobach äußerte den Wunsch, daß endlich die Petition zum Schlusse gebracht werde. Bei der Abstimmung, da die Nichtbeistimmenden sich erheben sollten, erhob sich Niemand. Dr. Strobach nannte schließlich den heutigen Tag einen glücklichen für Böhmen und des Jubilirens war kein Ende. M—— und S—— waren nicht zugegen. Von Morgen an wird in Böhmen die schwarz und gelbe Fahne neben der roth und weißen flattern.

Nicht wahr, wir Deutschen sind ganze Leute! wenn wir hübsch ruhig bleiben, so erlaubt man uns neben den österreichischen Farben auch die böhmischen zu tragen. — Was sagen Sie zu der Regierung? — Ich gehe jetzt damit um, in Smichow die Republik zu proklamiren, die unabhängig von Oestreich, Deutschland und Rußland sein wird; hoffentlich wird mir die Regierung keine Hindernisse in den Weg legen. — Es lebe die deutsche Freiheit!

♣ † S.